Berichtsvorlage
SHA/007/2026

Beratung	Datum	Behandlung	Ziel
Sozialausschuss	22.10.2026	öffentlich	Bericht

Betreff:
Benchmarking 2025: Monitoring zu den Leistungen nach dem SGB XII, SGB II, AsylbLG und der Wohnungsnotfallprävention

Bericht:

Der Kreis der zwölf am Benchmarking teilnehmenden großen Großstädte Deutschlands hat die im Jahr 2025 erbrachten Leistungen nach dem SGB II, dem SGB XII dem AsylbLG und in der Wohnungsnotfallprävention verglichen. Die Ergebnisse des Kennzahlenvergleichs werden in einem Katalog aus sogenannten Faktenboards mit kommentierten Grafiken zusammengefasst.

Die Faktenboards zum Monitoring 2025 wurde von con_sens (Consulting für Steuerung und soziale Entwicklung GmbH) und den teilnehmenden Städten erstellt. Das Produkt bildet auch die Grundlage für diese Sozialausschussvorlage und steht auf der Website des Vergleichsrings unter www.benchmarking-grossstaedte.de zur Verfügung.

Die Ergebnisse des Benchmarkings 2025 sind vor dem Hintergrund des Orientierungsrahmens für die Jugend-, Familien-, Bildungs-, Senior*innen- und Sozialpolitik in Nürnberg (besonders bezüglich der Leitlinien 5 "Beschäftigung ermöglichen", 6 "Perspektiven nach Flucht und Zuwanderung eröffnen" und 7 "Armut bekämpfen") zu sehen.

1. Finanzielle Auswirkungen:

☐ Noch offen, ob finanzielle Auswirkungen

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

(→ *weiter bei 2.*)

☒ Nein (→ *weiter bei 2.*)

☐ Ja

☐ Kosten noch nicht bekannt

☐ Kosten bekannt

Gesamtkosten	€	**Folgekosten**	€ pro Jahr
		☐ dauerhaft ☐ nur für einen begrenzten Zeitraum	
davon investiv	€	davon Sachkosten	€ pro Jahr
davon konsumtiv	€	davon Personalkosten	€ pro Jahr

Stehen Haushaltsmittel/Verpflichtungsermächtigungen ausreichend zur Verfügung?
(mit Ref. II / Stk - entsprechend der vereinbarten Haushaltsregelungen - abgestimmt, ansonsten Ref. II / Stk in Kenntnis gesetzt)

☐ Ja

☐ Nein

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

2a. Auswirkungen auf den Stellenplan:

☒ Nein (→ *weiter bei 3.*)

☐ Ja

☐ Deckung im Rahmen des bestehenden Stellenplans

☐ Auswirkungen auf den Stellenplan im Umfang von Vollkraftstellen (Einbringung und Prüfung im Rahmen des Stellenschaffungsverfahrens)

☐ Siehe gesonderte Darstellung im Sachverhalt

2b. Abstimmung mit DIP ist erfolgt (Nur bei Auswirkungen auf den Stellenplan auszufüllen)

☐ Ja

☒ Nein

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

3. Diversity-Relevanz:

☐ Nein

☒ Ja

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

Die beschriebenen Leistungen sind geeignet, Benachteiligungen unterschiedlicher Gruppen auszugleichen.

4. Abstimmung mit weiteren Geschäftsbereichen / Dienststellen:

☐ **RA und DiP** (verpflichtend bei Satzungen und Verordnungen)

☐

☐

☐